

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Arbeitsförderungsgesetz - Pflegeversicherung - Wohnungsmarkt - Straßengüterverkehr - Weltwirtschaftsgipfel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1992) : Kurz kommentiert: Arbeitsförderungsgesetz - Pflegeversicherung - Wohnungsmarkt - Straßengüterverkehr - Weltwirtschaftsgipfel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 7, pp. 337-338

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136897>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitsförderungsgesetz

Wichtiger Konsolidierungsschritt

Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 6 Mrd. DM sollen nach der Vorlage der Bundesregierung zur Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes 1993 eingespart werden, und zwar auf breiter Front; unberührt bleibt nur der Kern der Arbeitsmarktpolitik, die Leistung von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld. Ziel ist die Verringerung der staatlichen Defizite über die Streichung des Bundeszuschusses zur Arbeitslosenversicherung. Außerdem sollen Fehlleitungen von Mitteln im Zusammenhang mit dem hohen Fördervolumen in Ostdeutschland durch strengere Regeln bei der Vergabe vermieden werden.

Ein Beitrag der Arbeitsmarktpolitik zur Rückführung der staatlichen Defizite ist schon deshalb zu befürworten, weil eine solidere Finanzpolitik für die Sicherung der Wachstums- und damit auch der Beschäftigungsmöglichkeiten auf mittlere Sicht dringend geboten ist. Eine Konsolidierung der Arbeitsmarktpolitik ist aber auch erforderlich, weil die – kostenträchtige – Sonderrolle arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in der Startphase der ostdeutschen Wirtschaft in die soziale Marktwirtschaft, nämlich eine breite Not-Brücke zwischen dem Wegfall alter und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bilden, an Bedeutung verloren hat.

Eine Fortführung der Politik in der bisherigen Art und Weise würde den Anpassungsprozeß am ostdeutschen Arbeitsmarkt verlängern, und zwar besonders dann, wenn über ABM-Maßnahmen und ABS-Gesellschaften dauerhaft ein staatlich finanzierter Ersatz-Arbeitsmarkt installiert würde. Zudem wurden bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen erhebliche Mängel inhaltlicher und qualitativer Art festgestellt. Einschränkungen bei der Mittelvergabe, wie sie der Beschluß der Bundesregierung vorsieht, sind überfällig. Die Arbeitsämter sollten schon jetzt bei ihren Genehmigungen strengere Maßstäbe anlegen. sp

Pflegeversicherung

Verschobene Lasten

Die Regierungskoalition hat beschlossen, 1996 eine umlagefinanzierte Pflegeversicherung als zusätzliche Sozialversicherung einzuführen. Die Beiträge sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen. Die FDP hat ihre Zustimmung zu diesem Modell davon abhängig gemacht, daß die Pflegeversicherung nicht die Gesamtbelas-

tung der Arbeitgeber mit Lohnnebenkosten erhöht. Die zusätzliche Beitragslast der Arbeitgeber soll deshalb zur einen Hälfte durch Einsparungen im Krankenhauswesen und bei der Integration von Aussiedlern, zur anderen Hälfte durch die Einführung eines Karenztages bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kompensiert werden.

Angesichts der in den letzten Jahren kräftig angestiegenen Lohnkosten ist eine Kompensation zu begrüßen. Der Versuch, einen Karenztag einzuführen, zeigt allerdings eine gewisse Hilflosigkeit der Regierung gegenüber dieser Aufgabe. Es ist vorauszusehen, daß der Widerstand der Gewerkschaften und verfassungsrechtliche Bedenken die Einführung eines Karenztages verhindern werden. Der gegenwärtige Streit gibt bereits einen Vorgeschmack auf zukünftige Auseinandersetzungen um die Finanzierung der Pflegeversicherung: Das Umlageverfahren wird wegen des steigenden Anteils alter Menschen an der Bevölkerung schon bald zu steigenden Beiträgen führen. Es werden dann ständig neue Einsparungen an anderen Stellen der Sozialversicherung notwendig, um den negativen Einfluß der Pflegeversicherung auf die Lohnnebenkosten zu kompensieren. Hier zeigt sich deutlich, welche Lasten das Umlageverfahren in die Zukunft verschiebt. Es wird späteren Generationen aufgebürdet, Lasten zu tragen, zu deren Übernahme heute niemand bereit ist. al

Wohnungsmarkt

Verschärfung der Situation

Die Entscheidung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes, die zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erforderliche Abgeschlossenheitserklärung nicht mehr an überhöhte baurechtliche Anforderungen zu knüpfen, läßt eine verstärkte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erwarten. Während betroffene Mieter durch eine drei- bis fünfjährige Kündigungsfrist vorübergehend geschützt sind, wird sich die Situation der Wohnungssuchenden damit weiter verschärfen.

Die – vor allem in Ballungszentren – herrschende Wohnraumknappheit kann nur durch eine Ausweitung des Wohnungsbestandes gelöst werden. Hierfür müßten Anreize für eine verstärkte Bautätigkeit vorhanden sein. Da die erleichterte Beschaffung von Abgeschlossenheitserklärungen jedoch den Bestand an Eigentumswohnungen auf Kosten von Mietwohnungen erhöht, ist in Zukunft eine Verringerung des Preissteigerungsdrucks auf dem Markt für Eigentumswohnungen zu erwarten. Weil gleichzeitig die Mieten aufgrund der herrschenden Regu-

lierungen den tatsächlichen Knappheitsverhältnissen nicht ausreichend folgen können, lohnen sich verstärkte Investitionen in neuerstellte Mietwohnungen weiterhin nicht. Damit bleibt der Nachfrageüberhang auf dem Mietwohnungsmarkt erhalten.

Will man aus politischen Gründen – wie es offensichtlich der Fall ist – keine weitergehende Mietenflexibilität, bleibt nurmehr der verstärkte Ruf nach bekannten Instrumenten: die Gestattung einer höheren Verdichtung, vertretbare Senkungen der Qualitätsanforderungen für Neubauten, die erhöhte Bereitstellung von Bebauungsgrundstücken für Mietwohnungen und vor allem eine Erhöhung der Fehlbelegungsabgabe. Nach dem Urteil über die Abgeschlossenheitserklärungen wird die Einführung dieser Maßnahmen nun noch dringender; auch dies ist wohl mit dem, vom Senat erkannten, erhöhten politischen Regelungsbedarf gemeint. dl

Straßengüterverkehr Überfällige Deregulierung

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag der Koalitionsarbeitsgruppe Deregulierung die zuständigen Bundesminister beauftragt, für 30 von 97 Vorschlägen der Ende 1987 eingesetzten Deregulierungskommission konkrete Gesetzesentwürfe vorzulegen. In diesem Zusammenhang wurde Verkehrsminister Krause die Aufgabe zugewiesen, die bislang noch festgelegten Kontingente im inländischen Straßengüterverkehr „bis zur Marktsättigung angemessen aufzustocken“ und anschließend zu entscheiden, ob auf eine Kontingentierung ganz verzichtet werden kann.

Die Kontingentierung, also die genaue Festlegung der Anzahl der LKW, die im Güterfernverkehr fahren dürfen, ist mit erheblichen volkswirtschaftlichen, insbesondere auch ökologischen Kosten verbunden. Sie führt zu einer Zunahme des mit unnötigen Leerfahrten verbundenen Werkverkehrs. Newcomer werden bei der Konzessionsvergabe vernachlässigt, weil kaum Konzessionen frei werden und falls doch, diese teuer gehandelt werden. Außerdem verleitet die Kontingentierung dazu, die Fahrtenhäufigkeit pro LKW und die Geschwindigkeit zu steigern. Die Deregulierungskommission schlägt daher – insbesondere unter Berücksichtigung der Dienstleistungsfreiheit in der EG, die Ausländern den gleichen Zugang zum inländischen Verkehr wie den Inländern gewährt – auch folgerichtig vor, die Kontingentierung aufzuheben.

In der Tat ist die Abschaffung der Kontingentierung längst überfällig. Durch die nur zaghafte Aufnahme des Vorschlages der Deregulierungskommission wird ein

weiteres Mal deutlich, wie stark die Macht einer Branche sein kann, ihre für die Gesamtwirtschaft nachteilige Regulierung aufrechtzuerhalten. cw

Weltwirtschaftsgipfel Dürftiges Ergebnis

Je unverbindlicher die Ziele, um so leichter läßt sich Ihr Erreichen feiern. So mögen jene, die vom 18. Weltwirtschaftsgipfel in München eine „Bewußtseinsverbesserung“ erwarteten und „ein Signal der Ermutigung und der Hoffnung“ ausgehen sehen, mit den Ergebnissen recht zufrieden sein. Wer sich jedoch am Titel der offiziellen Abschlusserklärung „Zusammenarbeit für Wachstum und eine sichere Welt“ orientiert und die Betonung eines starken inflationsfreien Wachstums als Voraussetzung für die Bewältigung der Probleme nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Transformation der ehemaligen Kommando-Wirtschaften liest, wird enttäuscht, wenn er nach den Wegen sucht, die die Regierungschefs hierfür beschreiten wollen.

Angesichts der abweichenden spezifischen nationalen Interessenlagen – die Sorge vor einem erneuten Erlahmen der Nachfrageexpansion in den USA, die Konsolidierungsprioritäten in Japan, die Eindämmung des Kosten- und Preisauftriebs in Deutschland, die Förderung der Konjunkturerholung in anderen europäischen Ländern – fiel die Bestimmung einer „soliden“ Wirtschaftspolitik offenbar schwer. Dies gilt insbesondere für die Geldpolitik. Aber auch für die Finanzpolitik gibt es nur die allgemeine Absichtserklärung, Maßnahmen in wachstumsförderlicher Weise zu bündeln und Budgetdefizite abzubauen, nicht zuletzt, um so eine Senkung der Zinsen zu erleichtern. Zudem blieb erneut ein Durchbruch zum Abschluß der Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung des Welthandels im Rahmen des GATT aus. Mögen hierfür vor den anstehenden Wahlen bzw. Referenden auch taktische Gründe ausschlaggebend gewesen sein, so dürfte dies doch dem Vertrauen in einen wachstumsförderlichen Ausgang der Verhandlungen nicht förderlich sein.

Am nächsten kommen dem ursprünglichen Anliegen der Weltwirtschaftsgipfel, nämlich einer Koordination von Vorhaben, noch die Hilfszusagen an Rußland bzw. das Programm zur Verbesserung der Sicherheit von Kernkraftwerken sowjetischer Bauart. So gravierend aber dieses Problem auch ist, es erscheint den Bürgern in den G7-Ländern doch offenbar ein derart begrenztes Ergebnis der Mammutkonferenz als etwas dürftig. Immer lauter wird daher die Frage gestellt, ob sich Wirtschaftsgipfel „rechnen“. wt